

# Die Geopolitik Grönlands und der Arktis

02 Februar 2024

## Abstract

Der Beitrag analysiert die Geopolitik der Arktis, die von Militär- und Sicherheitsaspekten, dem Klimawandel mit neuen Schifffahrtsrouten, bedeutenden Ressourcen sowie Grönlands Unabhängigkeitsdebatte dominiert wird. Acht arktische Staaten haben Gebiete am Polarkreis: Vereinigte Staaten (Alaska), Russland, Kanada, Island, Dänemark (Grönland), Norwegen, Schweden und Finnland. Grönland (Kalaallit Nunaat) ist mit 2.186.000 Quadratkilometern und etwa 56.000 Einwohnern die größte Insel der Welt. Grönland gehört geologisch zu Nordamerika, politisch aber zu Europa. Es ist die größte arktische Landmasse (da der Nordpol nur aus Eis besteht) und die Lage zwischen Kanada und Russland zeigt die geostrategische Bedeutung. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde ein institutioneller Rahmen geschaffen; der Arktische Rat ist der wichtigste mit den acht Arktisstaaten, Beobachterstaaten und Nichtregierungsorganisationen, insbesondere Inuit-Organisationen wie der Inuit Circumpolar Conference (ICC). Darüber hinaus wurden Sicherheitsforen gegründet, doch alle Organisationen sind seit der Suspendierung Russlands im Jahr 2022 paralysiert. Das Schmelzen des Eises aufgrund der globalen Erwärmung eröffnet drei potenzielle Schifffahrtsrouten im Norden, die Nordostpassage um Nordrussland, die Nordwestpassage durch die kanadischen Arktisinseln und den zentralen transpolaren Seeweg. Mittlerweile engagieren sich Russland und China in der Arktisregion stärker, was eine große Herausforderung für die Vereinigten Staaten von Amerika darstellt. Verschiedene Arktisstaaten machen auf der Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) Gebietsansprüche in der Arktisregion geltend. Im Februar 2023 empfahl die zuständige Nations Commission on the Limit of the Continental Shelf (CLCS), die Ansprüche Russlands auf insgesamt 1,7 Millionen km<sup>2</sup> einschließlich des Nordpolgebiets zu akzeptieren, was einen großen strategischen Erfolg für Russland darstellt. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Vereinigten Staaten in Grönland mit einer großen Militärbasis präsent, die auf halber Strecke zwischen New York und Moskau liegt. Eine neue sicherheitspolitische Herausforderung für die arktische Geopolitik ist China, das sich 2018 als arktischer Nachbarstaat (Near Arctic State) definiert und in Skandinavien mehrere Forschungs- und Satellitenstationen errichtet hat. China engagiert sich massiv in der grönländischen Wirtschaft. Die Unabhängigkeitsdebatte Grönlands hat ein kritisches Stadium erreicht, in dem Dänemark und die Europäische Union Gefahr laufen, ihren Status als arktische Akteure zu verlieren. Derzeit ist die grönländische Wirtschaft stark von der Fischerei und dänischen Subventionen abhängig, die rund 20% des Staatseinkommens ausmachen. Die Nutzung seiner reichen Ressourcen könnte Grönland das nötige Einkommen beschaffen, um unabhängig zu werden oder zumindest seine Wirtschaft zu diversifizieren. Andererseits befürchten die Grönländer einen unkontrollierten Zustrom ausländischer Arbeitskräfte und die Zerstörung ihrer Umwelt und der Fischerei. Dänemark könnte durch einen anderen Akteur ersetzt werden, der bereit wäre, die notwendigen Investitionen zu tätigen. Insbesondere könnten die Vereinigten Staaten die dänischen Subventionen übernehmen und so in Nordamerika einen großen strategischen Gewinn erzielen. In Grönland wird eine Freie Assoziation als mögliche Lösung diskutiert, die bereits von mehreren pazifischen Inselstaaten erfolgreich umgesetzt wurde. Aus diesen Gründen muss die Europäische Union ein viel stärkeres Engagement in Grönland und der Arktis zeigen, um die Präsenz aufrechtzuerhalten.

# Inhalt

1 Die Geopolitik der Arktis .....	3
1.1 Einführung.....	3
1.2 Die Karte Grönlands.....	3
1.3 Institutionen.....	5
1.3.1 Der Arktische Rat .....	5
1.3.2 Inuit Circumpolar Conference (ICC).....	5
1.4 Maritime Angelegenheiten .....	6
1.4.1 Schifffahrtsrouten .....	6
1.4.2 Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS).....	6
1.5 Militärische und sicherheitspolitische Aspekte .....	8
1.5.1 Die NATO versus Russland .....	8
1.5.2 Chinas Rolle bei der Sicherheit in der Arktis .....	9
1.5.3 Cyber-Bedrohungen .....	10
2 Die Geopolitik Grönlands .....	10
2.1 Kurze Geschichte .....	10
2.2 Wirtschaft und Politik .....	12
2.3 Die Unabhängigkeitsdebatte.....	13
3 Schlussfolgerungen .....	14
4 Literaturverzeichnis.....	15

# 1 Die Geopolitik der Arktis

## 1.1 Einführung

Die Geopolitik der Arktis wird von militärischen und sicherheitspolitischen Aspekten, dem Klimawandel mit neuen Schifffahrtsrouten, bedeutenden Ressourcen und der Unabhängigkeitsdebatte in Grönland dominiert.<sup>1</sup> Grönland (Kalaallit Nunaat) ist die größte arktische Landmasse und ihre Lage zwischen Kanada und Russland erklärt die geostrategische Bedeutung. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde ein wachsender institutioneller Rahmen für die Arktisregion geschaffen; der Arktische Rat und begleitende Sicherheitsforen, aber alle Organisationen sind seit der Suspendierung Russlands im Jahr 2022 paralysiert.

Mittlerweile engagieren sich Russland und China in der Arktisregion stärker und machen Fortschritte, was eine große Herausforderung für die Vereinigten Staaten von Amerika darstellt. Die Unabhängigkeitsdebatte Grönlands hat ein kritisches Stadium erreicht, in dem Dänemark und die Europäische Union Gefahr laufen, ihren Status als arktische Akteure zu verlieren.

## 1.2 Die Karte Grönlands

Das Wort Arktis leitet sich vom griechischen Wort für Bär (arktos) ab, Antarktis bedeutet dann „ohne Bären“. Der Polarkreis ist die Region als Land- und Meeresgebiet nördlich des Breitenkreises bei etwa 66°34' Nord, wo die Sonne im Sommer mindestens einmal 24 Stunden lang über dem Horizont und im Winter mindestens einmal 24 Stunden lang unter dem Horizont steht.<sup>2</sup> Acht arktische Staaten haben Gebiete am Polarkreis: Vereinigte Staaten (Alaska), Russland, Kanada, Island, Dänemark (Grönland), Norwegen, Schweden und Finnland. Die sogenannten *Arctic Five* haben Festlandküsten nördlich des Polarkreises, die Vereinigten Staaten (Alaska), Kanada, Dänemark (Grönland), Norwegen und Russland.<sup>3</sup>

Es gibt verschiedene Definitionen der Arktisregion, aber alle umfassen mindestens den Polarkreis und zumindest Teile der acht Arktisstaaten.

Grönland (Kalaallit Nunaat) ist die größte Insel der Welt mit einer Nord-Süd-Ausdehnung von 2670 Kilometern und einer Ost-West-Ausdehnung von bis zu 1200 Kilometern, einer Landfläche von 2.186.000 Quadratkilometern mit etwa 56.000 Einwohnern und einer Küstenlinie von mehr als 44.000 Kilometern<sup>4</sup>. Grönland gehört geologisch zu Nordamerika, politisch aber zu Europa<sup>5</sup>. Es ist die größte arktische Landmasse (da der Nordpol nur aus Eis besteht) und liegt zwischen Kanada und Russland, was seine geostrategische Bedeutung erklärt<sup>6</sup>.

Achtzig Prozent von Grönland sind mit Eis bedeckt<sup>7</sup>. Ohne Eis würde Grönland wie ein Landring mit einem riesigen Zentralmeer aussehen, d.h., Grönland hat in Wirklichkeit keine kompakte Landmasse.<sup>8</sup>

---

<sup>1</sup> vgl. Iceland 2020

<sup>2</sup> vgl. O'Rourke et al. 2024

<sup>3</sup> vgl. O'Rourke et al. 2024

<sup>4</sup> vgl. Iceland 2020

<sup>5</sup> vgl. Greenland 2023

<sup>6</sup> vgl. Taagholt/Hansen 2001

<sup>7</sup> vgl. Greenland 2023

<sup>8</sup> vgl. Wenger 2023



## Map of Greenland

**Source/Author:** File:Greenland on the globe (Greenland centered).svg – Wikimedia Commons

Date 26 April 2011

Author: TUBS

Map includes elements that have been taken or adapted from the map: Greenland (orthographic projection).svg. (by Connormah). No changes made here.

Page URL:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Greenland\\_on\\_the\\_globe\\_%28Greenland\\_centered%29.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Greenland_on_the_globe_%28Greenland_centered%29.svg)

License: Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported via *Wikimedia Commons*

Link to license: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

### 1.3 Institutionen

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde ein wachsender institutioneller Rahmen für die Arktisregion geschaffen; der *Arktische Rat* ist die wichtigste Institution.

#### 1.3.1 Der Arktische Rat

Der *Arktische Rat* der acht Arktisstaaten USA (Alaska), Russland, Kanada, Island, Dänemark (Grönland), Norwegen, Schweden und Finnland wurde durch die *Ottawa-Erklärung 1996* als zwischenstaatliches Forum für die Arktisregion gegründet. Der Rat basiert auf Konsens und behandelt keine Sicherheits- und Militäraspekte.<sup>9</sup>

Zusätzlich zu den acht Mitgliedsstaaten haben sechs Organisationen, die indigene Völker der Arktis vertreten, den Status ständiger Teilnehmer (*Permanent Participants*)<sup>10</sup>, siehe Abschnitt 1.3.2. Im Jahr 2013 wurden China, Japan, Indien, Italien, die Republik Korea und Singapur zusätzlich zu den bisherigen Beobachtern Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Polen, Spanien, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich Beobachterstaaten des Arktischen Rates.<sup>11</sup>

Die *Europäische Union (EU)* hat 2013 einen Beobachterstatus beantragt, der Antrag ist jedoch noch anhängig. Allerdings hat die *Europäische Kommission* im Jahr 2021 *einen EU-Sonderbeauftragten für Arktisfragen* ernannt<sup>12</sup>, was das wachsende Interesse der EU an dieser Region widerspiegelt.

Der Rat hat drei rechtsverbindliche Abkommen angenommen, das *Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Suche und Rettung in der Luftfahrt und auf See (SAR) in der Arktis (2011)*, das *Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Reaktion auf Meeresöverschmutzung in der Arktis (2013)* und das *Abkommen zur Verbesserung der internationalen arktischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit (2017)*<sup>13</sup>. Nach Beginn des Ukraine-Krieges wurde Russland suspendiert und Norwegen übernahm im Mai 2023 den Vorsitz von Russland. Die sieben verbleibenden Arktis-Staaten werden auch „*A7-Staaten*“ genannt. Die Zukunft des Rates ist ungewiss.

Für Sicherheitsfragen wurden Diskussionsforen eingerichtet, 2011 der *Arctic Security Forces Roundtable (ASFR)* und 2012 das *Arctic Chiefs of Defense (ACHOD) Forum*<sup>14</sup>. Im Jahr 2016 wurde das *Arctic Coast Guard Forum (ACGF)* gegründet<sup>15</sup>. Auch diese Foren sind von den Spannungen mit Russland betroffen.

#### 1.3.2 Inuit Circumpolar Conference (ICC)

Die Interessen der Inuit werden seit 1980 durch die Zirkumpolarkonferenz der Inuit, die *Inuit Circumpolar Conference (ICC)* vertreten, die sich für die Rechte der grönländischen, kanadischen, US-amerikanischen und russischen Inuit einsetzt<sup>16</sup>. Grönland mit seiner Inuit-Mehrheit nimmt hier eine Sonderstellung ein. Als Kanada 1999 die Inuit-Provinz Nunavut gründete, die den größten Teil Nordkanadas umfasst, wurden die Beziehungen zwischen

---

<sup>9</sup> vgl. O'Rourke 2024

<sup>10</sup> vgl. O'Rourke 2024

<sup>11</sup> vgl. Brimmer 2023

<sup>12</sup> vgl. Gomes 2021

<sup>13</sup> vgl. Brimmer 2023, O'Rourke 2024. Die Originaltitel der Abkommen sind *the Agreement on Cooperation on Aeronautical and Maritime Search and Rescue (SAR) in the Arctic (2011)*, *the Agreement on Cooperation on Marine Oil Pollution Preparedness and Response in the Arctic (2013)*, and *the Agreement on Enhancing International Arctic Scientific Cooperation (2017)*.

<sup>14</sup> vgl. Däumer 2021, Rachold 2022

<sup>15</sup> vgl. Däumer 2021

<sup>16</sup> vgl. Taagholt/Hansen 2001

Grönland und Kanada intensiviert. Insgesamt engagieren sich 6 indigene Organisationen im *Arktischen Rat*:

- Inuit Circumpolar Conference (ICC)
- RAIPON – Russian Association of Indigenous Peoples of the North, Siberia, and Far East
- SC – Sami Council Arctic
- Aleutian International Association
- Arctic Athabaskan Council
- Gwitch'in Council<sup>17</sup>.

Der ICC gründete 2014 zusammen mit anderen Organisationen das *Arctic Economic Forum (AEF)*, dem Grönland beitrug, um seine Bergbaupläne voranzutreiben. Aus dem gleichen Grund ist Grönland im Juli 2021 der *European Raw Materials Alliance (ERMA)* beigetreten, die die Abhängigkeit von China bei Rohstoffen verringern will<sup>18</sup>.

#### 1.4 Maritime Angelegenheiten

Bei den maritimen Angelegenheiten geht es um neue, zunehmend eisfreie Schifffahrtsrouten und um Gebietsansprüche auf der Grundlage von UN-Recht.

##### 1.4.1 Schifffahrtsrouten

Das Schmelzen des Eises aufgrund der globalen Erwärmung eröffnet drei potenzielle Schifffahrtsrouten im Norden. Die neuen Seewege sind derzeit nicht dauerhaft eisfrei, werden aber voraussichtlich zwischen 2030 und 2040 weitgehend eisfrei sein<sup>19</sup>.

- die *Nordostpassage* um Nordrussland herum, die deutlich kürzer ist als die normale Südliche Seeroute um Indien herum und eine attraktive Schifffahrtsroute für asiatische Länder wie China, Japan und Korea wäre. Russland und China haben bereits in verschiedene Nordostpassage-Projekte investiert, um Gas von Sibirien nach China zu transportieren<sup>20</sup>. Dazu gehört der Transport von Flüssigerdgas aus der russischen Jamal-Region nach China<sup>21</sup>.
- Die *Nordwestpassage* verläuft durch die kanadische arktische Inselregion und Kanada argumentiert, dass die Nordwestpassage auf seinem Territorium liegt, während die Vereinigten Staaten der Meinung sind, dass es sich um eine internationale Seeroute mit freier Schifffahrt und Überflugrechten handelt.<sup>22</sup>
- Die *zentrale transpolare Seeroute* führt durch das Zentrum des Arktischen Ozeans und da es sich möglicherweise um die erste eisfreie Route handelt, würde sie Island zu einem vielversprechenden Standort für einen großen Hafen machen<sup>23</sup>.

##### 1.4.2 Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS)

Auch auf dem Meer gibt es Territorialkonflikte. Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen *United Nations Convention on the Law of the Sea UNCLOS* von 1982<sup>24</sup> trat 1994 in Kraft, spezifizierte das Küstenmeer und seine angrenzende Zone, definierte ausschließliche Wirtschaftszonen AWZ der Küstenstaaten und ein Internationales Meeresbodenregime

---

<sup>17</sup> vgl. GeoBW 2021

<sup>18</sup> vgl. Nutall 2021

<sup>19</sup> vgl. Iceland 2020

<sup>20</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>21</sup> vgl. Iceland 2020

<sup>22</sup> vgl. Gomes 2022

<sup>23</sup> vgl. Gomes 2022

<sup>24</sup> Genau genommen handelt es sich um UNCLOS III, eine Erweiterung der vorbestehenden UNCLOS I und II von 1958 und 1968.

(*International Seabed Regime ISA*) für einige pazifische Gebiete. Gemäß UNCLOS<sup>25</sup>, sind die Küstenmeere die Meeresstreifen mit maximal 12 Seemeilen Entfernung von der Küstenbasislinie, in weiteren 12 Seemeilen (22 km) kann der Staat weiterhin Gesetze durchsetzen (die Anschlusszone). Die *ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ)* erstrecken sich über 200 Seemeilen ab der Basislinie, in denen der Küstenstaat die alleinigen Rechte für Forschung, künstliche Gebäude (z.B., Ölplattformen) und Ausbeutung hat.

Auf der Grundlage des sogenannten *Festlandssockels* (geologische Erweiterungen der eigenen Landmasse) können große Gebietsansprüche geltend gemacht werden. Der Festlandssockel ist die natürliche (geologische) Verlängerung des Landgebiets bis zu 350 Seemeilen von der Küstenbasislinie entfernt; oder 100 Seemeilen jenseits der 2500-Meter-Isobaten (die Linie, die die Tiefe von 2.500 Metern verbindet). Die anspruchsberechtigte Nation muss nachweisen, dass der Meeresboden geologisch gesehen eine Fortsetzung der eigenen Landmasse ist.

UNCLOS Zonen	
Küstenzone 0-12m	12 nautische Meilen (Seemeilen) ab Küstenlinie mit voller Kontrolle durch den Küstenstaat
angrenzende Zone 12-24m	In der Anschlusszone stehen dem Staat noch eingeschränkte Hoheitsrechte zu, zum Beispiel polizeiliche Befugnisse bezüglich der Einreise und Zollkontrolle
ausschließliche Wirtschaftszone AWZ 0-200m	Innerhalb von 200 Meilen von der Küstenlinie hat der Staat das alleinige Recht zur Ressourcennutzung
Festlandssockel 0-350m oder mehr	Der Schelf (auch Kontinentalschelf, Kontinentalsockel, Festlandssockel) ist die Bezeichnung für den flachen, küstennahen Meeresboden als natürliche geologische Verlängerung bis 350 nautische Meilen von der Küstenlinie bzw. maximal bis 100 nautische Meilen jenseits der Linie, die 2.500 Meter Meerestiefe anzeigt

Die Vereinigten Staaten sind keine Vertragspartei von UNCLOS III, befolgen jedoch die UNCLOS-Bestimmungen in Bezug auf Hoheitsgewässer, die AWZ und Navigationsrechte<sup>26</sup>. Jegliche Ansprüche müssen bei der Kommission der Vereinten Nationen für die Grenze des Festlandssockels, der *United Nations Commission on the Limit of the Continental Shelf (CLCS)* mit ausreichenden geologischen Beweisen geltend gemacht werden. Die CLCS kann Empfehlungen aussprechen, aber keine Grenzen ziehen, da dies im Einvernehmen der beteiligten Staaten erfolgen muss. Obwohl die CLCS jedoch ausdrücklich erklärt, dass die Empfehlungen nichts präjudizieren, wird es sehr schwierig sein, einen vom CLCS akzeptierten Anspruch anzufechten.

In der Arktis beanspruchte Russland 2,0 Millionen km<sup>2</sup> große arktische Gebiete und argumentierte, dass der sogenannte *Lomonossow-Rücken* eine Unterwasserverlängerung der Kontinentalkruste im Arktischen Ozean und damit eine Erweiterung des russischen Territoriums sei. Die ursprüngliche Einreichung aus dem Jahr 2001 galt als unzureichend und wurde abgelehnt, doch dann schickte Russland 2015 eine neue Einreichung mit zwei Erweiterungen im Jahr 2021, die schließlich das *Mendelejew-Gebirge*, das *Tschuktschen-Plateau*, den *Gakkel-Kamm* sowie die *Nansen- und Amundsen-Becken* umfasste.<sup>27</sup> Im Februar 2023 empfahl das CLCS, Russlands Ansprüche auf eine Gesamtfläche von 1,7 Millionen km<sup>2</sup> einschließlich des Nordpolgebiets zu akzeptieren; lediglich der Anspruch auf den *Gakkel-Kamm* wurde nicht angenommen<sup>28</sup>. Auf dieser Grundlage führen Russlands akzeptierte Ansprüche zu einer direkten Grenze mit Grönland und Kanada. Dänemark im Namen Grönlands und Kanada hatten ebenfalls Ansprüche auf die meisten von Russland beanspruchten

<sup>25</sup> UNCLOS hat viele detaillierte und spezielle Regelungen, die hier nicht gezeigt werden können, die Beurteilung von Konflikten aber erschweren können, siehe Sakamoto 2023

<sup>26</sup> vgl. O'Rourke 2024

<sup>27</sup> vgl. CLCS 2023

<sup>28</sup> vgl. Kunoy 2023

Gebiete geltend gemacht, die nun an Russland gefallen sind<sup>29</sup>. Die Vereinigten Staaten haben gegen die Einreichungen Russlands im Jahr 2015 und Kanadas keine Einwände erhoben, aber haben nun ein eigenes *Extended Continental Shelf (ECS) Project* begonnen, um Ansprüche der USA zu prüfen und ggf. zu sichern. Es gibt eine lokale Meinungsverschiedenheit zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada bezüglich der Seegrenze in der Beaufortsee.

Norwegen und Russland haben ihren Seegrenzstreit in der Barentssee Ende April 2010 in einem Vergleich beigelegt<sup>30</sup>.

1973 einigten sich Kanada und Dänemark (für Grönland) auf die Festlegung ihrer Grenze. Die zu Grönland gehörende kleine *Hans-Insel* (1,3 km<sup>2</sup>) war umstritten, doch beide Seiten versuchten eine Eskalation zu vermeiden und ihre Ansprüche symbolisch mit Fahnen und Flaschen mit Alkohol auf der Insel zu untermauern (*Whisky-Krieg*). Allerdings war die Angelegenheit ernst, da sich dies auf weitergehende Ansprüche auf arktische Sektoren auswirken könnte. Im Jahr 2022 einigten sich beide Seiten auf eine Grenze in der Mitte der Insel.

## 1.5 Militärische und sicherheitspolitische Aspekte

### 1.5.1 Die NATO versus Russland

Wo die Arktis auf den Atlantik trifft, gibt es mögliche Lücken (Seepassagen für die Russen), die bei der NATO als *GIUK (Grönland, Island und United Kingdom)* und *GIN (Grönland, Island und Norwegen)* bekannt sind. Dänemark mit den Färöer-Inseln zwischen Island, Norwegen und Schottland ist wichtig für die Kontrolle des GIUK und des GIN<sup>31</sup>. Das Gebiet nördlich von Skandinavien ist als „Bastion“ bekannt, in dem die ehemalige Sowjetunion und das heutige Russland über bedeutende Nuklearstreitkräfte mit atomar bewaffneten U-Booten mit ballistischen Raketen in einer eisfreien Region mit der Kola-Halbinsel verfügen;<sup>32</sup> es handelt sich um ein großes, ganzjährig eisfreies Areal<sup>33</sup>. Der NATO-Stützpunkt auf den Färöern unterstützt die sogenannte *Bastion Defense*.<sup>34</sup>

Um der massiven militärischen Präsenz Russlands in Nordrussland im Kalten Krieg entgegenzuwirken, nutzten die USA den Luftwaffenstützpunkt *Thule Air Base* in Nordgrönland, der auf halber Strecke zwischen New York und Moskau liegt<sup>35</sup>. Nach dem Absturz eines Atombombers mit Wasserstoffbomben in der Nähe von Thule im Jahr 1968 wurde klargestellt, dass Grönland nicht mehr für nukleare Zwecke genutzt werden soll<sup>36</sup>. Die Basis verfügt jedoch weiterhin über das sehr wichtige Frühwarnsystem für ballistische Raketen (BMEWS), das modernisiert wurde und rund um die Uhr Raketenwarnung und Weltraumüberwachung bietet. Die Basis beherbergt auch einen Tiefseehafen und Flugplatz<sup>37</sup> sowie das *Third Detachment of the 22nd Space Operations Squadron*, sowie ein globales Satellitenüberwachungsnetzwerk zur Verfolgung von Satelliten in polaren Umlaufbahnen wie *Galileo*<sup>38</sup>.

Mittlerweile ist die Thule Air Base als *Pituffik Space Base* bekannt<sup>39</sup>.

---

<sup>29</sup> vgl. O'Rourke 2024 Das Königreich Dänemark beanspruchte im Jahr 2014 eine Fläche von 895.000 km<sup>2</sup> von Grönland jenseits des Nordpols bis zur ausschließlichen Wirtschaftszone Russlands, Dams et al. 2020

<sup>30</sup> vgl. Dams et al. 2020

<sup>31</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>32</sup> vgl. Rachold 2022

<sup>33</sup> vgl. Rachold 2022

<sup>34</sup> vgl. Østerud/Hønneland 2013

<sup>35</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>36</sup> vgl. Taagholt/Hansen 2001

<sup>37</sup> vgl. Archik 2019

<sup>38</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>39</sup> vgl. Østergaard et al. 2023

Die Vereinigten Staaten zogen sich jedoch 2006 gegen den Willen Islands von ihrem Stützpunkt in Keflavík in Island zurück.<sup>40</sup> Die Vereinigten Staaten planen den Bau eines Tiefseehafens in Nome, Alaska<sup>41</sup>.

Im Jahr 2012 hat Dänemark im Einklang mit seiner Arktisstrategie die grönländischen und färöischen Militärkommandos zusammengelegt, um in Nuuk/Grönland ein gemeinsames Arktiskommando (*Joint Arctic Command JAC*) einzurichten und seine Marine modernisiert. Da die NATO jedoch keine Seeüberwachung und keinen Fischereischutz gewährleistet und Such- und Rettungsaufgaben und da eine Küstenwache die Kapazität der kleinen grönländischen Gesellschaft für ein so großes Gebiet übersteigen könnte, ist Grönland hier immer noch auf dänische Unterstützung angewiesen<sup>42</sup>.

### 1.5.2 Chinas Rolle bei der Sicherheit in der Arktis

Eine neue Sicherheitsherausforderung für die arktische Geopolitik ist China. China unterzeichnete bereits in den 1920er Jahren den *Spitzbergen-(Svalbard)-Vertrag*, der allen Unterzeichnerstaaten die Nutzung von Ressourcen und die Errichtung von Präsenzen auf dieser großen arktischen Insel, die rechtlich zu Norwegen gehört, erlaubte. Der Vertrag wurde geschaffen, um den umstrittenen Status der Insel zu lösen.

Im Jahr 2013 wurde China Beobachterstaat im *Arktischen Rat* und definierte sich 2018 in einem Weißbuch als Arktischer Nachbarstaat (*Near Arctic State*), da sein nördlichster Teil auf dem gleichen Breitengrad wie die Aleuten der Vereinigten Staaten (Alaska) liegt<sup>43</sup>. Die Seepassagen (siehe Abschnitt 1.4.1) werden im Rahmen der *Belt and Road Initiative (BRI)* als Polare Seidenstraße betrachtet.

China baut systematisch arktische Forschungsstationen auf. Im Jahr 2004 baute China in Norwegen eine arktische Wissenschaftsstation, die *Yellow River-Station* auf Spitzbergen, und eine Satellitenanlage in Schweden, das *Esrange Space Center*, während Finnland über ein chinesisches Zentrum für Weltraumforschung und Datenaustausch verfügt, das *FMI Arctic Space Center* in Sodakylä in Nordfinland. In Island errichtete China das *Chinese Island Research Observatory* in Karholl<sup>44</sup>. Chinas *BeiDou*-Satellitennavigationssystem wird als Alternative zum US-amerikanischen GPS-Satellitensystem entwickelt und es wurden Tests in seiner Forschungsstation in Spitzbergen angekündigt, um die Leistung von *BeiDou* im hohen Norden zu verbessern<sup>45</sup>. Im Jahr 2019 startete China seinen ersten Satelliten im polaren Orbit<sup>46</sup>.

Chinas *Huawei Marine* ist dabei, im Rahmen eines finnischen Projekts namens Arctic Connect 13.800 km Kommunikationskabel entlang der Nordostpassage von Europa nach Asien zu verlegen. Experten befürchteten, dass diese Kabel zur Informationsbeschaffung genutzt und möglicherweise in ein Unterwasserüberwachungssystem umgewandelt werden könnten<sup>47</sup>.

Die Aussicht auf eine wachsende chinesische Präsenz in der Arktis und in Grönland (das geologisch gesehen in Nordamerika liegt) alarmierte die Vereinigten Staaten. Im Oktober 2022 wurde eine nationale Strategie für die Arktisregion veröffentlicht<sup>48</sup>, einen Monat nachdem das US-Verteidigungsministerium (*Department of Defense DoD*) das *DoD Arctic Strategy and Global Resilience Office* einrichtete.

---

<sup>40</sup> vgl. Nackmayr 2015, Iceland 2020

<sup>41</sup> vgl. Brimmer 2023

<sup>42</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>43</sup> vgl. O'Rourke 2024

<sup>44</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>45</sup> vgl. Dams et al. 2020

<sup>46</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>47</sup> vgl. Dams et al. 2020

<sup>48</sup> vgl. White House 2022

### 1.5.3 Cyber-Bedrohungen

Die Kommunikationsleitungen in der Arktis und die Cybersysteme Grönlands, das über eine eigene Internetdomäne „.gl“ verfügt, sind äußerst anfällig für Angriffe, beispielsweise durch U-Boot-Sabotageakte, die Glasfaser-Datenkabel für Spitzbergen sowie für die Shetlandinseln und Färöer-Inseln beschädigten.<sup>49</sup>

Cyberangriffe im Jahr 2022 in Grönland führten zu Ausfällen der zentralen Verwaltung und des Gesundheitssystems; Sicherheitsverstöße wurden von der *Naalakkersuisut's Digitization Agency* entdeckt und gemeldet. Außerdem wurde 2019 ein gefälschter Brief des grönländischen Außenministers an einen US-Senator veröffentlicht, in dem eine Zusammenarbeit zwischen Grönland und den USA im Zusammenhang mit einer künftigen Unabhängigkeitsabstimmung diskutiert wurde. Ziel des Briefes war es, Misstrauen zwischen Dänemark, den Vereinigten Staaten und Grönland zu schüren, also die regionale Stabilität zu untergraben<sup>50</sup>.

## 2 Die Geopolitik Grönlands

### 2.1 Kurze Geschichte

Die Ureinwohner Grönlands, die Inuit, wanderten ab dem Jahr 1000 von Nordamerika nach Grönland ein und ersetzten eine ältere Bevölkerung, die als *Dorset*-Kultur bekannt ist<sup>51</sup>. Im Südwesten Grönlands erreichten Wikinger aus Island, angeführt von Erik dem Roten aus dem heutigen Norwegen, im Jahr 982 Grönland und dort gab es Siedlungen, die im 16. Jahrhundert verschwanden. Der genaue Grund ist unbekannt, da es keine Hinweise auf einen Krieg oder eine Pandemie gibt; die wahrscheinlichste Erklärung ist eine vorübergehende Verschlechterung des regionalen Klimas, die die Siedler dazu drängte, ihre Siedlungen aufzugeben. Im Jahr 1721 wurde Grönland eine dänische Kolonie<sup>52</sup>. Bis zum Ende der Napoleonischen Kriege im Jahr 1814 stand Norwegen unter dänischer Kontrolle.

Als Dänemark 1916 die Jungferninseln an die USA verkaufte, verlangte es im Gegenzug die Anerkennung der dänischen Souveränität über Grönland durch die USA, die gewährt wurde<sup>53</sup>. Allerdings versuchten die USA wiederholt, Grönland zu kaufen, in den späten 1860er Jahren<sup>54</sup>, 1946, 1960<sup>55</sup> und 2019<sup>56</sup>. 1930 besetzten norwegische Jäger mit Unterstützung ihrer Regierung einen Landstreifen Grönlands, doch 1933 erkannte der Gerichtshof in Den Haag die alleinige dänische Souveränität über Grönland an<sup>57</sup>. Ein Grenzstreit mit der norwegischen *Jan-Mayen*-Insel westlich von Grönland wurde 60 Jahre später 1993 vom Gericht in Den Haag beigelegt<sup>58</sup>.

Als Deutschland Dänemark besetzte, beschloss die US-Armee im Einvernehmen mit dem dänischen Botschafter in den USA, Grönland 1941 noch vor dem Krieg mit Deutschland zu besetzen. Außerdem wurde Island (das über die dänische Monarchie mit Dänemark verbunden war) 1940 von der britischen Armee besetzt und dann von der US-Armee übernommen<sup>59</sup>. Im Februar und März 1941 führte Deutschland Aufklärungsflüge über Ostgrönland durch, was Bedenken hinsichtlich einer möglichen Invasion aufkommen ließ<sup>60</sup>. Die präventive Besetzung

---

<sup>49</sup> vgl. Gomes 2022

<sup>50</sup> vgl. CFCS 2023

<sup>51</sup> vgl. Nackmayr 2015

<sup>52</sup> vgl. Greenland 2023

<sup>53</sup> vgl. Taagholt/Hansen 2001

<sup>54</sup> vgl. Taagholt/Hansen 2001

<sup>55</sup> vgl. Paul 2021

<sup>56</sup> vgl. Archik 2019. Seit der neuen Selbstbestimmungsregel von 2009 kann Dänemark Grönland nicht mehr verkaufen, selbst wenn es das wollte.

<sup>57</sup> vgl. Taagholt/Hansen 2001

<sup>58</sup> vgl. Østerud/Hønneland 2013

<sup>59</sup> vgl. Nackmayr 2015

<sup>60</sup> vgl. Taagholt/Hansen 2001

war aus drei Gründen von strategischer Bedeutung: Sie verhinderte eine Präsenz deutscher Truppen auf der nordamerikanischen Seite des Atlantischen Ozeans; diese Regionen waren wichtig für die militärische Wettervorhersage und die nordatlantischen Handels- und Transportwege konnten gesichert werden.

Deutsches Militär war 1942 in Ostgrönland präsent, um Wetterstationen auf *Sabine Island* und 1943 auf *Shannon Island* zu bauen. Beide Posten wurden von US-Militärpatrouillen zerstört. Island nutzte die Gelegenheit, sich zur Republik zu erklären und 1944 die Verbindungen zu Dänemark abubrechen.

Seitdem verfügt Grönland über eine ständige US-Militärpräsenz und ist faktisch Teil des US-Verteidigungsgebiets. Aus diesem Grund widersetzten sich die USA den dänischen Aufforderungen, Grönland nach dem Zweiten Weltkrieg zu verlassen.

Im aufkommenden Kalten Krieg wurde erkannt, wie wichtig das Polargebiet zwischen Nordrussland und Kanada im Zeitalter von Langstreckenbomben, U-Booten und Interkontinentalraketen ist. Dänemark trat 1949 der NATO bei und die Vereinbarungen von 1941 wurden 1951 durch einen neuen Vertrag ersetzt. Um der massiven Militärpräsenz Russlands in Nordrussland entgegenzuwirken, nutzten die USA den Luftwaffenstützpunkt *Thule Air Base* in Nordgrönland, der auf halber Strecke zwischen New York und Moskau liegt<sup>61</sup>. Nach dem Absturz eines Atombombers mit Wasserstoffbomben in der Nähe von Thule im Jahr 1968 wurde klargestellt, dass Grönland nicht mehr für nukleare Zwecke genutzt werden sollte<sup>62</sup>.

1953 wurde der rechtliche Status Grönlands in der dänischen Verfassung von einer Kolonie in einen integralen Teil Dänemarks geändert.

1979 erlangte Grönland die *Home Rule*, also eine Selbstverwaltung für bestimmte Verwaltungsbereiche, die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die meisten Aspekte der Außenpolitik und die Währungspolitik verblieben jedoch bei Dänemark<sup>63</sup>. Zusammen mit Dänemark war Grönland ab 1973 EU-Mitglied. Nach einem Referendum verließ Grönland 1985 vor allem wegen der Sorge vor Überfischung die EU,<sup>64</sup> erhielt jedoch den Status eines Überseeterritoriums (*EU overseas country and territory OCT*), was auch bedeutet, dass die Grönländer weiterhin EU-Bürger sind<sup>65</sup>. Mittlerweile bestehen spezielle Fischereiabkommen mit EU-Staaten, die regelmäßig aktualisiert werden.

Das grönländische Selbstverwaltungsgesetz wurde 2009 von Dänemark mit Selbstbestimmung, Kontrolle über die Strafverfolgung, die Küstenwache und das Rechtssystem erlassen und die Amtssprache wurde in Grönländisch geändert, das zur Sprachfamilie der Eskimo-Aleuten gehört<sup>66</sup>. Grönland übernahm die Außenbeziehungen für seine Zuständigkeitsbereiche und entsandte Vertreter nach Kopenhagen, Brüssel, Reykjavik und Washington<sup>67</sup>.

Die Verfassungskommission Grönlands hat am 28. April 2023 in Nuuk nach siebenjähriger Vorbereitung ihren *Entwurf für eine Verfassung Grönlands* vorgestellt, der nun diskutiert wird<sup>68</sup>.

---

<sup>61</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>62</sup> vgl. Taagholt/Hansen 2001

<sup>63</sup> vgl. Archik 2019

<sup>64</sup> vgl. Greenland 2023. Damals war die EU noch die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG*. Die Färöer, eine weitere autonome Insel Dänemarks nördlich von Schottland, gehörten nie zur EU. Bedenken hinsichtlich der Überfischung waren ein Hauptgrund, warum Island nicht der EU beitreten wollte, vgl. Dams et al. 2020

<sup>65</sup> vgl. Dams et al. 2020

<sup>66</sup> vgl. Greenland 2023

<sup>67</sup> vgl. Archik 2019

<sup>68</sup> vgl. Østergaard et al. 2023

## 2.2 Wirtschaft und Politik

Grönlands Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2021 15.741 Millionen Dänische Kronen (DKK) bei einem Wechselkurs von 100 USD = 676,81 DKK, mit etwa 20 % Unterstützung aus Dänemark<sup>69</sup>, die 3.942,6 Millionen DKK an Subventionen umfasste.<sup>70</sup>

Über 40% sind im öffentlichen Sektor beschäftigt, weitere relevante Sektoren sind Fischerei, Jagd und Landwirtschaft. Die wichtigsten Exportprodukte Grönlands (90 %) sind Kabeljau, Heilbutt, Makrelen, Krabben und Garnelen, während die meisten Industriegüter importiert werden müssen<sup>71</sup>. Tourismus und Landwirtschaft machen nur einen sehr kleinen Teil der grönländischen Wirtschaft aus, aber der Tourismus wächst bereits. Die Besuche von Kreuzfahrtschiffen in Grönland stiegen von 2015 bis 2018 um 90%<sup>72</sup>.

Das Ziel Grönlands besteht darin, die Wirtschaft zu diversifizieren und nach neuen Einkommensquellen zu suchen, um die Abhängigkeit von Dänemark zu verringern. Aus dieser Perspektive bringt der Klimawandel mit Eisschmelze und globaler Erwärmung neue Chancen für die Arktis und Grönland. Derzeit können viele Ressourcen nicht genutzt werden, da der Abbau oder die Bohrung zu teuer oder zu kompliziert wäre<sup>73</sup>.

Grönland als größte arktische Landmasse verfügt über große Reserven an seltenen Metallen, Uran, Gold, Platin, Zink, Eisen (*Isua-Mine*),<sup>74</sup> Karbonit, Graphit, Olivin, Uran, Öl und Gas<sup>75</sup>.

Grönland steht nun vor einem strategischen Dilemma: Die Ressourcennutzung könnte Grönland das nötige Einkommen bringen, um unabhängig zu werden oder zumindest seine Wirtschaft zu diversifizieren, die weitgehend von der Fischerei abhängt. Andererseits befürchten die Grönländer einen unkontrollierten Zustrom ausländischer Arbeitskräfte<sup>76</sup> und die Zerstörung ihrer Umwelt und der Fischerei.<sup>77</sup>

Dieses Dilemma wirkte sich direkt auf Projekte mit China aus:

- China's *Shenghe Resources* wollte schätzungsweise 270.000 Tonnen Uran in Kvanefjeld<sup>78</sup> in der Nähe von Narsaq in Südgrönland abbauen<sup>79</sup>, was jedoch aufgrund von Umweltbedenken schließlich blockiert wurde<sup>80</sup>
- China bot an, eine Eisenmine in Isua in Grönland nördlich der Hauptstadt Nuuk zu übernehmen (was schließlich abgesagt wurde und die Ansiedlung von 3.000 chinesischen Arbeitern in Grönland erfordert hätte)<sup>81</sup>.

Dennoch ist China in Grönland sehr aktiv: Chinesische Unternehmen halten Anteile an vier großen Bergbaugebieten in Grönland und chinesische Ölkonzerne wären an Lizenzen interessiert.<sup>82</sup> Im Jahr 2016 wollte China einen ehemaligen grönländischen Marinestützpunkt

---

<sup>69</sup> vgl. Hermann 2023

<sup>70</sup> vgl. Iceland 2020

<sup>71</sup> vgl. Greenland 2023

<sup>72</sup> vgl. Iceland 2020

<sup>73</sup> vgl. GeoBW 2021

<sup>74</sup> vgl. Leskien 2019

<sup>75</sup> vgl. Nackmayr 2015, Paul 2021, GeoBW 2021

<sup>76</sup> In bestimmten Golfstaaten, z.B. den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar sind überwiegend ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, allerdings typischerweise in modernen städtischen Umgebungen, die eine Kontrolle durch ausgefeilte Sicherheitskonzepte ermöglichen. In Grönland gibt es fast keine Straßen, keine Eisenbahnen und große Entfernungen, die Kontrollmaßnahmen schwierig bis unmöglich machen würden.

<sup>77</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>78</sup> vgl. Iceland 2020

<sup>79</sup> vgl. Nackmayr 2015, Paul 2021

<sup>80</sup> vgl. Hosa 2023

<sup>81</sup> vgl. Nackmayr 2015

<sup>82</sup> vgl. Iceland 2020

erwerben, was jedoch von Dänemark blockiert wurde<sup>83</sup>. Im Jahr 2018 bot China an, zwei Flughäfen in Nuuk und Ilulissat zu modernisieren, was bei den USA und Dänemark Sicherheitsbedenken hervorrief und nur durch dänische Zahlungen verhindert werden konnte, um die chinesischen Investoren auszuschließen.<sup>84</sup>

Für andere arktische Akteure sind China und Russland ebenfalls attraktive Handelspartner, ungeachtet westlicher Bedenken. Island war Gründungsmitglied der *Asian Infrastructure Investment Bank*, um die Teilnahme an der chinesischen *Belt-and-Road-Initiative* zu erleichtern<sup>85</sup>. Die Färöer-Inseln intensivieren ihre Beziehungen zu China und Russland ist der größte Exportmarkt für 30% der färöischen Produkte<sup>86</sup>.

### 2.3 Die Unabhängigkeitsdebatte

Die Verfassungskommission Grönlands hat am 28. April 2023 in Nuuk nach siebenjähriger Vorbereitung ihren *Entwurf für eine Verfassung Grönlands* vorgestellt, der nun diskutiert wird<sup>87</sup>.

Aufgrund der finanziellen Unterstützung Dänemarks scheint eine Unabhängigkeit derzeit finanziell nicht praktikabel<sup>88</sup>. Ein weiteres Argument ist, dass die Bevölkerung Grönlands möglicherweise zu klein ist, um ein so großes Territorium zu verwalten, also als unabhängiger Staat zu agieren.

Betrachtet man jedoch andere Klein- und Mikrostaaten z.B. im Pazifischen Ozean, konnten diese Staaten -trotz aller Probleme und ihrer riesigen Seegebiete- ihre Staatlichkeit und die Demokratie seit ihrer Unabhängigkeit in den 1970er Jahren bewahren<sup>89</sup>.

Ein weiterer Punkt ist, dass Dänemark durch einen anderen Akteur ersetzt werden könnte, der bereit wäre, die notwendigen Investitionen zu tätigen. Insbesondere könnten die Vereinigten Staaten die dänischen Subventionen übernehmen und so in Nordamerika einen großen strategischen Gewinn erzielen. Wie Østerud/Hønneland 2013 feststellten, handelt es sich bei der Unabhängigkeitsbewegung um einen geopolitischen Schritt von Nordwesteuropa nach Nordamerika, während Dänemark zwischen einheimischen Forderungen und internationalem Druck gefangen ist<sup>90</sup>.

Nicht nur Dänemark, sondern auch die Europäische Union wären dann keine arktischen Akteure mehr<sup>91</sup>. Dies wäre ein großer Rückschlag für die EU als globaler Akteur und aus diesen Gründen muss die Europäische Union ein viel stärkeres Engagement in Grönland und der Arktis zeigen, um die Präsenz aufrechtzuerhalten.<sup>92</sup>

In Grönland wird eine Freie Assoziation als mögliche Lösung diskutiert<sup>93</sup>. Die Vereinigten Staaten haben mit einigen Inselstaaten einen Vertrag, die *Compacts of Free Association*. Dazu gehören die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), die Republik der Marshallinseln (RMI) und Palau. Die Vereinigten Staaten sind verpflichtet, die *Frei Assoziierten Staaten (FAS)*

---

<sup>83</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>84</sup> vgl. Fernández-Montesinos 2023

<sup>85</sup> vgl. Iceland 2020

<sup>86</sup> vgl. Iceland 2020

<sup>87</sup> vgl. Østergaard et al. 2023

<sup>88</sup> vgl. Archik 2019

<sup>89</sup> Weiterführende Details finden sich im open-access Arbeitspapier 2024 Die Geopolitik Ozeaniens – Die pazifischen Inseln <https://doi.org/10.48693/448>

<sup>90</sup> vgl. Østerud/Hønneland 2013

<sup>91</sup> vgl. Paul 2021

<sup>92</sup> vgl. Dams et al. 2020

<sup>93</sup> vgl. Østergaard et al. 2023, Hermann 2023. Die Nördlichen Marianen wurden irrtümlicherweise in der Diskussion als Beispiel angeführt: Die Nördlichen Marianen wählten mit dem Commonwealth-Status eine sehr viel engere Bindung an die USA, Lum 2023

gegen Angriffe oder drohende Angriffe zu verteidigen. Die Vereinigten Staaten ein Veto gegen politische Maßnahmen einlegen, die die Verteidigung beeinträchtigen (*“defense veto”*), und sie haben das Vorrecht, die strategische Nutzung des FAS und die Einbeziehung von Drittstaaten ablehnen (*“right of strategic denial”*).<sup>94</sup> Der Pakt von 2003 sah fortlaufende US-Finanz- und Programmunterstützung für die RMI und FSM vor und wurde 2023 aktualisiert.

Eine freie Assoziation mit dem *right of strategic denial* würde es den Vereinigten Staaten ermöglichen, China und Russland in Grönland zu blockieren. Während eine Freie Assoziation auch mit anderen Akteuren wie Kanada, Island oder Norwegen möglich wäre, wäre Dänemark die einfachste Wahl, aber Dänemark ist nicht bereit, diese Lösung zu diskutieren, da dies keine echte Unabhängigkeit wäre<sup>95</sup>. Dies macht die Beziehungen zwischen Dänemark und Grönland jedoch sehr anfällig für flexiblere Akteure.

Während eine Freie Assoziation auch eine zusätzliche Belastung darstellen würde, da Grönland dann in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder Sportorganisationen präsent sein müsste, könnte dies auch neue Chancen mit sich bringen. Als souveräner Staat könnte Grönland zusätzliche Einnahmen aus dem Verkauf von Rechten erzielen, z.B. für Lizenzen für Fischerei, Bergbau, Kommunikation oder Transport, aber es könnte auch finanzielle und politische Anreize von anderen Staaten erwarten, die möchten, dass Grönland für ihre Initiativen stimmt<sup>96</sup>. Wenn sie für andere Staaten stimmen, könnten sie Grönland auch mit günstigen Krediten und ausländischer Hilfe helfen.<sup>97</sup> Grönland mit seiner reichen Natur könnte auch Briefmarken oder Gedenkmünzen mit attraktiven lokalen Motiven verkaufen.

### 3 Schlussfolgerungen

Der Beitrag analysiert die Geopolitik der Arktis, die von Militär- und Sicherheitsaspekten, dem Klimawandel mit neuen Schifffahrtsrouten, bedeutenden Ressourcen sowie Grönlands Unabhängigkeitsdebatte dominiert wird. Das grönländische Selbstverwaltungsgesetz wurde 2009 von Dänemark mit Selbstbestimmung erlassen und die Verfassungskommission Grönlands stellte am 28. April 2023 in Nuuk ihren Entwurf für eine Verfassung für Grönland als wichtigen Schritt in Richtung Unabhängigkeit vor. Derzeit ist die grönländische Wirtschaft stark von der Fischerei und dänischen Subventionen abhängig, die rund 20 % des Staatseinkommens ausmachen. Die Nutzung seiner reichen Ressourcen könnte Grönland das nötige Einkommen beschern, um unabhängig zu werden oder zumindest seine Wirtschaft zu diversifizieren, die weitgehend von der Fischerei abhängt. Andererseits befürchten die Grönländer einen unkontrollierten Zustrom ausländischer Arbeitskräfte und die Zerstörung ihrer Umwelt und der Fischerei. Dänemark könnte durch einen anderen Akteur ersetzt werden, der bereit wäre, die notwendigen Investitionen zu tätigen. Insbesondere könnten die Vereinigten Staaten die dänischen Subventionen übernehmen und so in Nordamerika einen großen strategischen Gewinn erzielen. In Grönland wird eine Freie Assoziation als mögliche Lösung diskutiert, die von mehreren pazifischen Inselstaaten erfolgreich umgesetzt wurde. Nicht nur Dänemark, sondern auch die Europäische Union wäre dann kein arktischer Akteur mehr. Aus diesen Gründen muss die Europäische Union ein viel stärkeres Engagement in Grönland und der Arktis zeigen, um die Präsenz aufrechtzuerhalten.

---

<sup>94</sup> vgl. Lam/Vaughn 2017

<sup>95</sup> vgl. Østergaard et al. 2023, Hermann 2023. Kanada wäre aufgrund der guten Beziehungen Grönlands zu dessen Inuit-Provinz Nunavut attraktiv.

<sup>96</sup> vgl. Vreeland 2019

<sup>97</sup> vgl. Vreeland 2019

## 4 Literaturverzeichnis

- Archick, K. (2019): CRS INSIGHT IN11161. Greenland, Denmark, and U.S. Relations. Congressional Research Service CRS August 30, 2019
- Brimmer, E.D. (2023): Hearing on “Strategic Competition in the Arctic Before the Subcommittee on Transportation and Maritime Security. United States House of Representatives 1st Session, 118th Congress Published by Council on Foreign Relations 18 July 2023
- CFCS (2023): Threat assessment: The cyber threat against Greenland. 1st edition March 2023 of the Danish Center for Cybersikkerhed
- CLCS (2023): Recommendations of Commission on the Limits of the Continental Shelf in Regard to the Partial Revised Submission made by the Russian Federation in Respect of the Arctic Ocean of 3 August 2015 with Addenda Submitted on 31 March 2021. Recommendations prepared by the Subcommission established for the consideration of the Submission made by the Russian Federation - Approved by the Subcommission on 20 October 2022, Approved by the Commission, with amendments, on 6 February 2023.
- Däumer, M. (2021): Die Arktis im Strategischen Konzept der NATO. SIRIUS 2021; 5(4): 377–385. <https://doi.org/10.1515/sirius-2021-4006>
- Dams, T., van Schaik, L., Stoetman, A. (2020): Presence before power. China’s Arctic strategy in Iceland and Greenland Clingendael Report June 2020
- Fernández-Montesinos, F.A. (2023): Arctic geopolitics after the Ukrainian war. Analysis Paper 34/2023 10/05/2023 IEEE (Instituto Espanol de Estudios Estrategicos)
- GeoBW (2021): Auswirkungen des Klimawandels in der Arktis. Wirtschaft, Infrastruktur und Sicherheitspolitik - Geopolitische Information 1/2021 Geoinformationsdienst der Bundeswehr
- Gomes, T.R. (2022): The transformation of Arctic geopolitics and its implications for the North Atlantic. Atlantic Centre Policy Brief Issue 14 November 2022 of the Ministry of Defense of Portugal
- Greenland (2023): Greenland in Figures 2023 20th edition Editorial deadline: May 2023 [stat@stat.gl](mailto:stat@stat.gl) Edited by Naduk Kleemann, Statistics Greenland, Nuuk
- Hermann, R. (2023): Grönland macht einen Schritt Richtung Unabhängigkeit. Neue Zürcher Zeitung 01 May 2023
- Hosa, J. (2023): Feeling the Chill: Navigating Arctic Governance amid Russia’s war on Ukraine. European Council of Foreign relations Policy Brief May 2023
- Iceland (2020): Greenland and Iceland - Excerpt from a Report of the Greenland Committee Appointed by the Minister for Foreign Affairs and International Development Co-operation. The Ministry for Foreign Affairs December 2020
- Kunoy, B. (2023): Recommendations on the Russian Federation’s Proposed Outer Continental Shelf in the Arctic Area EJIL: Talk! Blog of the European Journal of International Law, March 3, 2023
- Leskien, S. (2019): Das Wirtschaftspotential der Arktis im Überblick. Deutsches Arktisbüro am Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung Stand: November 2019
- Lockwood, N.J. (2013): International Vote Buying Harvard International Law Journal, Vol. 54, page 97-156. Volume 54, Number 1, Winter 2013

- Lum, T. (2023): The Compacts of Free Association. Updated October 18, 2023 Congressional Research Service CRS IF12194
- Lum, T., Vaughn, B. (2017): The Pacific Islands: Policy Issues. February 2, 2017 Congressional Research Service CRS R44753
- Nackmayr, J. (2015): Die Arktis - Testfeld für eine neue, globale geopolitische Architektur unter besonderer Berücksichtigung von China. Österreichische Militärische Zeitschrift ÖMZ online. Dezember 2015
- Nuttall, M. (2021): Greenland and the geopolitics of critical minerals. CellPress Journal One Earth, One Earth 4, December 17, 2021
- O'Rourke, R. et al. (2024): Changes in the Arctic: Background and Issues for Congress. Updated January 18, 2024 Congressional Research Service Report R41153
- Østergaard, M.U., Nielsen, R.L., Gad, U.P. (2023): Free Association in a Greenlandic Context. Seminar paper, Ilisimatusarfik and DIIS, Nuuk, 24 May 2023. Nasiffik Working Paper, No 2 (May 2023)
- Østerud, Ø., Hønneland, G. (2013): Geopolitics and International Governance in the Arctic. Arctic Review on Law and Politics, vol. 5, 2/2014 pp. 156–176. ISSN 1891-6252. Received April 2013, accepted September 2013
- Paul, M. (2021): Grönlands Projekt Unabhängigkeit. Ambitionen und Aussichten nach 300 Jahren Zugehörigkeit zum Königreich Dänemark SPW Nr.2 Januar 2021
- Rachold, V. (2022): Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung Deutsches Arktisbüro am Alfred-Wegener-Institut - German Arctic Office Oktober 2022
- Saalbach, K. (2024): open-access Arbeitspapier 2024 Die Geopolitik Ozeaniens – Die pazifischen Inseln <https://doi.org/10.48693/448>
- Sakamoto, S. (2023): Historic Waters and Rights. Revisited: UNCLOS and Beyond? PowerPoint presentation, Professor of Doshisha University. Last access 06 Sep 2023
- Strandsbjerg, J. (2010): Cartography and Geopolitics in the Arctic Region. DIIS Working Paper 2010:20
- Taagholt, J., Hansen, J.C. (2001): Greenland: Security Perspectives. Trans. Daniel Lufkin. Fairbanks, Alaska: Arctic Research Consortium of the United States
- Vreeland, J.R. (2019): Corrupting International Organizations. Woodrow Wilson School and Department of Politics, Princeton University, Annu. Rev. Political Sci. 2019. 22:205–22
- Wenger, M. (2022): Wie sehen Grönland und Antarktika ohne Eis aus? Polar Journal 13 July 2022
- White House (2022): National Security Strategy, October 2022